

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 2000.— M., bei Selbstabholung 1780.— M. — Preis der Einzelnummer 80.— M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598 — Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 — Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig — Telefon 13088. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telefon 24596

Inseratenpreise: Die 10spaltige Kolonelleise oder deren Raum 200.— M., bei Platzvorschrift 250.— M.; Familiennachrichten von Privatpersonen, die 10spaltige Kolonelleise 75.— M. — Reklame-Kolonelleise 1000.— M. — Schluß der Inseratenannahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshändler entgegen.

Ein neuer Vorschlag der Labour Party.

Gemeinsame Aktion in den Parlamenten.

London, 27. Februar. Im Unterhause teilten Macdonald, Henderson und Clynes namens der Arbeiterpartei eine Resolution mit, in der die französische und die belgische Kammer aufgefordert werden, Kommissionen aus allen Parteien zu ernennen, um Mittelungen und Gedanken mit einer entsprechenden Kommission des Unterhauses in der Angelegenheit der Ruhrbesetzung und des Reparationsproblems auszutauschen. Es wird erklärt, daß die Arbeiterpartei in Verbindung mit den sozialistischen Parteien Frankreichs und Belgiens steht im Hinblick auf die Einbringung einer gleichlautenden Resolution in den Kammern beider Länder. Es vertritt, daß die Regierung ersucht ist, Gelegenheit zur Erörterung der Resolution zu geben.

London, 27. Februar. Ramsay MacDonald teilte dem Parlamentsberichterstatter des Daily Herald mit, daß der Antrag der englischen Arbeiterpartei einen Versuch darstelle, die Parallele an dem Problem zu interessieren. Die Regierung müsse diesen Vorschlag als einen möglichen Ausweg aus den Schwierigkeiten begreifen. Das Arbeitermitglied Snowden erklärte, das große Problem der Regierung könne zu sein, ein Mittel zu finden, um Verhandlungen zu eröffnen oder ihre Verwirklichung anzubieten, ohne Frankreich zu beleidigen. Wenn es der Wunsch der Regierung sei, eine Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten zu finden, so werde ihre der Antrag der Arbeiterpartei eine Möglichkeit dazu bieten.

Die unmögliche Reparationssumme.

London, 27. Februar. Im Unterhause fragte Simon den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit auf die Erklärung Millicands gelenkt worden sei, nach der Frankreich nichts zulassen werde, was es von seinem Ziele abdrängen könne und auf die Erklärung Poincarés, daß Frankreich das, was es ergriffen habe, nicht loslassen werde, bevor die Schuld beglichen sei. Bonar Law erwiderte: Ich glaube, keine von beiden Erklärungen enthält etwas Neues. Ich habe dem, was ich schon gesagt habe, nichts hinzuzufügen. Der Betrag der Schuld ist wahrscheinlich die Summe, die im Jahre 1921 festgelegt worden ist. Simon fragte: Ist das die Summe, von der

Bonar Law erklärt hat, sie könne unmöglich bezahlt werden? Bonar Law erwiderte: Jawohl.

London, 27. Februar. Auf verschiedene Anfragen erwiderte der Premierminister, daß die Kosten der Besatzungsheere eine Priorität vor den Reparationen hätten. Durch das interalliierte Übereinkommen vom 11. März seien sie jedoch auf festgesetzte Summen beschränkt worden, die nur vermehrt werden könnten, um die Ausgaben für irgendwelche von den alliierten Mächten beschlossene Maßnahmen zu bestreiten, für Maßnahmen, die von der belgischen und französischen Regierung ohne vorherige Zustimmung der anderen alliierten Mächte getroffen wurden, könnte daher keine Erhöhung der Ausgaben eintreten und jeder Vorschlag in diesem Sinne müsse sorgfältig geprüft werden. Bis jetzt sei diese Frage noch nicht aufgeworfen worden. Wenn man frage, wer die Kosten der französischen Besetzung des Ruhrgebietes tragen werde, das Reparationskonto oder der französische Steuerzahler? Bonar Law erwiderte, er könne seiner Antwort nichts hinzufügen.

50 Millionen Papiermark Ruhrunterstützung der englischen Gewerkschaften.

London, 27. Februar. Der Allgemeine Rat des Gewerkschafts-Kongresses beschloß, der deutschen Gewerkschaftsbewegung 500 Pfund Sterling zu überweisen für ihren Kampf „gegen die Verklawung der Arbeiter im Ruhrgebiet“. Der Rat beschloß ferner, einen Aufruf an die ihm angeschlossenen Verbände zu richten, wegen einer finanziellen Unterstützung der Ruhrkämpfer. Gemächten mit dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes soll dafür gesorgt werden, daß diese Gelder ausschließlich den deutschen Arbeitern zugute kommen.

Amerikas Gründungsplan eines neuen Völkerbundes.

Washington, 28. Februar. (Vorwärts.) Wie der United Press aus besserer Quelle erfahren haben will, ist die amerikanische Regierung bereit, sich an der Gründung eines neuen Völkerbundes zu beteiligen, der den Zweck verfolgen würde, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern.

verleitet sich aus verschiedensten Rücksichten. Zum Kriegsführen gehören, auch wenn es sich zunächst nur um Vandalenkrieg handelt, zum wenigsten Gewehre, Handgranaten und Munition, ferner Bekleidung und Ausrüstung, Ehe also der Kriegszustand erklärt werden könnte, müßten alle diese Dinge zum mindesten beschafft sein oder ihre Beschaffung aus ausländischen Quellen sichergestellt sein. Es ist deshalb verfrüht, daß sie den Kriegszustand erklärt.

Neben diese militärischen Gründe treten auch noch außenpolitische Gründe. Wenn Frankreich sich im Kriegszustand mit Deutschland befindet, ist Polen gleichfalls zum Angriffe auf Deutschland verpflichtet. Wir bezweifeln nun nicht, daß allein schon unsere Reichswehr imstande wäre, einen polnischen Angriff abzuwehren und glauben sogar, daß sie auch ohne Tanks und schwere Geschütze in der Lage wäre, Polen entscheidend zu schlagen. Wünschenswert ist es deshalb jedenfalls, daß Rußland in der Lage ist, das von ihm bereits für solchen Fall angedrohte militärische Eingreifen durchzuführen. Aus Mitterungsgründen kann aber mit dem russischen militärischen Eingreifen nicht vor Beginn des Frühjahrjahres gerechnet werden, wie wir bereits früher einmal darlegten.

Wir rechnen jedoch trotz Lausanne nicht mit einem aktiven Eingreifen Englands gegen Frankreich im Falle eines sich entspinneuden Krieges. Wir müssen aber auf englische und amerikanische Waffenlieferungen und englische Darlehen an uns zum Zwecke des Waffensankaus Wert legen, wobei wir besonders an schwere Artillerie, Tanks und Gaswaffen denken, die wir keinesfalls in genügender Menge selbst herstellen können. Wir müssen auch Wert darauf legen, daß die englische Handelsmarine bereit ist, solche Waffentransporte unter Gefährdung ihres Lebens durch französische U-Boote nach Deutschland zu führen, und daß der englische wie der amerikanische Staat zu diplomatischen Schritten geneigt sind, ihre Handelschiffahrt zu schützen. Die englische öffentliche Meinung umzustellen bis zur wohlwollenden Neutralität wird es nicht nur, sehr vorsichtigen Vorgehens unserer Regierung bedürfen, sondern es wird auch noch die englische Presse längere Zeit in diesem Sinne arbeiten müssen. Auch aus diesen außenpolitischen Gründen ist es daher unklug, von der Regierung die Erklärung des Kriegszustandes zu fordern und vorzeitig ihre daraus Vorwürfe machen zu wollen.

Uebrigens sprechen auch noch innerpolitische Gründe wichtigster Art für die gegenwärtige Taktik der Regierung. Die Führerschaft der Sozialdemokratie hat zwar einerseits sich der nationalen Welle angepaßt, um nicht durch sie aus dem Sattel gehoben zu werden, und damit sich nicht die Revolution als die größte Dummheit und das größte Verbrechen das sie war, herausstellt und erkannt wird. Diese Führerschaft ist deshalb andererseits bemüht, durch Mitschwimmen in der nationalen Welle sich die Leitung auf das marxistisch-parasitische Ziel hin nicht aus den Händen nehmen zu lassen. Man darf sich dadurch nicht täuschen lassen, die sozialdemokratischen Führer haben die Herrschaft über die Massen im Ruhrgebiet nicht mehr in der Hand. Dort sind sie ihnen zum größten Teile in die nationale Front davongegangen, zu einem kleinen Teile befinden sie sich dort bei den Kommunisten. Diese aber bläsen gleichfalls auf Befehl Moskaus aus Gewalt, d. h. zum Kriege gegen Frankreich. Jedoch natürlich aus ganz andern Beweggründen und mit ganz andern Zielen. Die sozialdemokratischen Führer haben aber noch einen erheblichen Teil der Arbeiterschaft des unbesetzten Deutschlands hinter sich. Die weitere Entwicklung der Dinge muß also so gestaltet werden, daß sie in weiteren Kreisen der marxistischen Arbeiterschaft immer den Kampfwillen erregt. Die Regierung kann hierzu nichts tun, als wie offiziell immer von neuem wieder den festen Willen zum Durchhalten betonen und verkünden, wie es der Reichskanzler auch tut, und für die Erhaltung der Stimmung im Ruhrgebiet durch ausreichende Lebensmittelzufuhr und Lohnzahlung sorgen, so steht zu befürchten, daß die sozialdemokratischen Führer nicht nur im unbesetzten Deutschland, sondern sogar wieder im besetzten Gebiet mit ihren Hinweisen auf Verhandlungen usw. Oberwasser bekommen, und daß die entscheidende nationale Kampffront, statt sich zu verstärken, in die Brüche gehe.

Eine Erklärung des Kriegszustandes durch die Regierung wäre daher auch zur Zeit aus diesem Grunde ein schwerer Fehler. Die Stimmung und die Gesinnung unseres Volkes zum Kriege oder zu kriegerischen Handlungen müssen erst weiter ausreifen. Wir können deshalb die Haltung des Reichskanzlers nur billigen. Er darf sich zur Zeit auch aus innerpolitischen Gründen gar nicht weiter hervorzumagen.

Im besetzten Gebiete des Rheins und der Ruhr ist die kriegerische Stimmung gegenwärtig aber ohne Zweifel bereits vorhanden. Hier erhebt sich nun eine weitere schwere Aufgabe. B e g e i s t e r u n g läßt sich, wie Goethe sich einmal ausbrüht, nicht auf Pfählen ziehen. Sie wird, je schwerer der Kampf dort wird, auch sicherlich nachlassen, denn nichts ist für die Stimmung tobringender als passiver Widerstand gegen einen brutalen, alle Mittel der Gewalt anwendenden Feind, ohne daß reguläre bewaffnete Macht eingesetzt werden kann. Die Regierung wird die Aufgabe haben, nicht durch offizielle Kriegserklärung, aber durch mannhaftes Eintreten für die Geschädigten und Mithandelten in ideeller und materieller Beziehung weitestgehend zu sorgen und dadurch zur Aufrechterhaltung des Kampfwillens beitragen. Sie wird auch ferner die Aufgabe haben, durch inoffizielle Propaganda diesen Kampfwillen immer weiter zu schüren und die flammende Begeisterung des Anfangs allmählich in den stillen kalten, aber um so tiefer fressenden Haß und jähe Wut umzuwandeln. Noch mehr aber wird dies Aufgabe aller Organisationen sein, die sich im nationalen Sinne betätigen. Die Propaganda von Mund zu Mund und durch nichtbeamtete Personen ist viel wirksamer als alle Regierungserklärungen.

Endlich aber gehört auch noch Zeit dazu, die Franzosen sich immer tiefer in das für sie verhängnisvolle Ruhrabenteuer hineinverstricken zu lassen. Auch die französische Leidenschaft muß noch mehr erregt werden, das nationale Prestige noch mehr als schon bisher aufs Spiel gesetzt werden, damit auch die in Frankreich vorhandenen Stimmen der sogenannten wirtschaftlichen Verantwortlichen durch Verhandlungen nicht mehr durchbringen, erst dann

Unverantwortliche Kriegsheker.

Bei der Beratung des Etats der Reichswehr gab es im Reichstage zwischen der Sozialdemokratie und dem Reichswehrminister Gessler eine lebhafte Auseinandersetzung über das Verhältnis der Reichswehr zu den Selbstschutzorganisationen und den Geheimbänden. Der Reichswehr wurde der Vorwurf gemacht, daß sie mit diesen Organisationen Beziehungen unterhalte und damit der Kriegstreiberi und dem Bürgerkrieg Vorschub leistet. Vom Wehrminister wurde dies bestritten. Er behauptete, mit dem preußischen Minister des Innern Severing verhandelt zu haben, um diesen Selbstschutzorganisationen durch die Verwaltungsbehörden ein Ende zu machen. Sie seien eine Gefahr für Deutschland. Aber auch die Äußerungen verantwortlicher Personen der kommunistischen Partei, daß Rußland mit seiner Roten Armee Deutschland über Polen zur Hilfe kommen werde, um in Polen die Räteherrschaft zu errichten und auf dem Wege bis zur Ruhr die deutsche Bourgeoisie so nebenbei mit zu erledigen, um ferner auch in Deutschland zur Räteherrschaft zu kommen, seien nicht nur eine Utopie, sondern eine ebenso große Gefahr, wie unverantwortliche Äußerungen von rechts.

Schließlich gab Gessler im Reichstage, gedrängt durch die sozialdemokratische Fraktion, folgende Erklärung ab:

Die Reichswehr kann und wird die ihr gesetzlich zustehenden Aufgaben — Schutz der Verfassung, Schutz der Grenze, Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung — nur mit den verfassungsmäßig dazu berufenen Behörden lösen. Danach ist ein Zusammenarbeiten der Reichswehr mit Zeitfreiwilligen und Selbstschutzorganisationen ausgeschlossen. Gerade meine Vespredungen mit dem preußischen Minister des Innern hatten den Zweck, diesen Standpunkt klarzulegen und ein einwandfreies Zusammenarbeiten zwischen den beteiligten Behörden zur Erreichung dieses Zieles sicherzustellen. In diesem Sinne sind meine Äußerungen angefallen. Ich werde gegen Zuwiderhandlungen mit allen mir gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen.

Diese Erklärung gibt zweifellos eine gewisse Klarheit und läßt auch ganz interessante Rückschlüsse zu. Wie bekannt, waren die Zeitfreiwilligen gerade beim Rapp-Butsch von der Reichswehr gegen links als Teil der Reichswehr formiert und bewaffnet worden und sie leben in dem Jungdeutschen Orden fort, der nach dem Spruch des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik als nicht staatsfeindlich bezeichnet und dessen Verbot von ihm aufgehoben wurde. Dieser Orden betreibt aber gerade im Ruhrgebiet die Kriegshekerie, und die Erklärung Gesslers rückt von ihm ab. Die Selbstschutzorganisationen rühten sich aber bislang, die Willigung und Förderung von Reichsstellen gefunden, sogar von diesen Mitteln und Waffen erhalten zu haben. Wenn Gessler sie mit den Verwaltungsbehörden bekämpfen will, so soll er dabei die Förderung der

Arbeiterklasse finden, denn sie kann weder den Krieg gegen Frankreich, noch den Bürgerkrieg im Innern dulden.

In der letzten Zeit sind in großen Zeitungen der Schwerindustrie und in einflussreichen Tagesblättern Artikel erschienen, die offen zum Vandalenkrieg gegen Frankreich aufgerufen mit dem Hinweis, daß sich hieraus der Krieg wider Frankreich von selbst entwickeln werde. Es ist deshalb nicht uninteressant, daß alle diese Artikel von einer zentralen Stelle aus gespeist werden, und zwar von der Korrespondenz Schwarzweißrot. Diese vertrauliche Korrespondenz enthält keine Ortsangaben und wünscht, daß sie nicht wörtlich abgedruckt wird, aber sie gibt die Anleitung zum planmäßigen Aufbau des Vandalenkrieges. Aus diesem schmutzigen Quell haben gerade jene nationalistischen Organe den Inhalt ihrer Artikel geschöpft.

Es dürfte auch nicht zufällig sein, daß am 1. Februar von Neu-Ulm aus ein Major a. D. Paul Daur in verschlossenen Briefen Aufrufe zur Kriegsvorbereitung in ganz Deutschland versendet. Er trägt die Kosten für diesen sehr erheblichen Aufwand? Wenn man die Zusammenkunft Vereinigte Vaterländischer Verbände Deutschlands am 14. Februar in Berlin, die von dem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Gessler geleitet und beeinflusst war, damit in Verbindung bringt, dann ist ein gewisser Zusammenhang mit diesen Zielen unverkennbar. An dieser Zusammenkunft nahmen etwa 100 Vertreter teil.

Lassen wir die Schwarzweißrot-Korrespondenz selbst sprechen. Sie knüpft an die Ruhrbesetzung an und führt dazu aus:

„Es handelt sich vielmehr um die nackte Gewaltpolitik, die Frankreich die Hegemonie in Europa verschaffen soll. Wir können uns nicht denken, daß die Reichsregierung bei dieser klaren Erkenntnis der Tatsachen noch damit rechnet, die Franzosen zum freiwilligen Abzug durch die Mittel des passiven Widerstandes, der Dienstverweigerung und der Sabotage veranlassen zu können. Die durch die Neuherung des Reichskanzlers klar bewiesene Sachlage scheint uns vielmehr darauf hinzuweisen, daß auch die Reichsregierung überzeugt ist, die Räumung des Ruhrgebietes nur durch Gewalt erreichen zu können.“

Hierin liegen aber auch die großen Schwierigkeiten, die der Reichsregierung erwachen. Aus manchen Kreisen wird ihr zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht bereits den Kriegszustand mit Frankreich erklärt habe. Wir erwidern darin eine schwere Gefährdung der deutschen Politik. Eine sofortige Erklärung des Kriegszustandes

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 22600 M.